

# Foto- und Bildrecht

Bearbeitet von  
Dr. Endress Wanckel

5. Auflage 2017. Buch. XX, 514 S. Kartoniert  
ISBN 978 3 406 71222 7  
Format (B x L): 14,1 x 22,4 cm

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Urheberrecht, Medienrecht > Urheberrecht, Lizenzrecht](#)

Zu [Inhalts- und Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

## 2. Veröffentlichung von Personenfotos

Der BGH sah den **Tod des regierenden Fürsten von Monaco** als zeitgeschichtliches Ereignis an, im Zuge dessen im Rahmen eines Fernsehbeitrags Bildnisse des potentiellen Thronfolgers gezeigt werden dürfen.<sup>544</sup>

Ein **schwerer Verkehrsunfall** kann ausnahmsweise zeitgeschichtliche Bedeutung haben, wenn der Unfallhergang ungewöhnlich ist, es dabei zu einem **Todesopfer** kommt und einer der Unfallbeteiligten ein bekannter Musiker ist.<sup>545</sup>

Die bloße Abbildung eines Prominenten auf der Titelseite ohne Bezug auf einen redaktionellen Artikel ist nicht nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG erlaubt. Der Satz: „Günther Jauch zeigt mit ‚Wer wird Milliöär?‘ wie spannend Quiz sein kann“ auf dem Titel eines Rätselheftes reichte dem BGH nicht aus, den Eingriff in das Recht am eigenen Bild zu rechtfertigen.<sup>546</sup>

**Größere Veranstaltungen**, wie z. B. **Bälle, Galas, Vernissagen, Sportwettbewerbe**<sup>547</sup> oder auch ein **Mieterfest**<sup>548</sup> sieht der BGH als zeitgeschichtliche Ereignisse an. Die Presse darf dann nicht nur über das Ereignis (Fest) an sich, sondern auch darüber mit Bildern berichten, welche Personen dort in welcher Begleitung erschienen sind und wie sie sich auf der Veranstaltung verhalten haben.<sup>549</sup> Sofern aber nach Ende der offiziellen Veranstaltung noch an einem andern Ort (z. B. in einer **Diskotheke**) „weiter gefeiert“ wird, greift § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG insoweit nicht als Rechtsfertigungsgrund für einwilligungslose Bildnisveröffentlichungen, auch wenn die Abgebildeten prominent sind.<sup>550</sup>

Der BGH hielt ein Foto, welches eine bekannte **Fernsehjournalistin** (Sabine Christiansen) in Paris mit ihrem damals neuen Freund (und späteren Ehemann) auf der Straße zeigte, im Rahmen eines Artikels über die neue Liebesbeziehung für unzulässig.<sup>551</sup> Der BGH führte dabei zwar aus, dass die neue Beziehung im Hinblick auf ihren Bekantheitsgrad zwar als zeitgeschichtliches Ereignis angesehen werden könne, trotzdem gehe der Schutz des Privatlebens vor, da die Fotos

---

<sup>544</sup> BGH NJW 2009, 1499; ähnlich EGMR, Urteil vom 7.2.2012, Az. 40660/08, 60641/08 = NJW 2012, 1053 – *Caroline II*, hinsichtlich einer ernsthaften Erkrankung.

<sup>545</sup> BGH NJW 2012, 1728; ähnlich OLG Köln, Urt. v. 26.3.2013, Az. 15 U 149/12.

<sup>546</sup> BGH NJW 2009, 3032 – *Rätselheft*; näheres zur Werbung mit Prominenten siehe unten Rn. 215 ff.

<sup>547</sup> BGH NJW 2013, 2890, Rn. 12 – *Eisprinzessin Alexandra*.

<sup>548</sup> BGH, Urt. v. 8.4.2014; Az. VI ZR 197/13.

<sup>549</sup> BGH GRUR 2010, 1029; BGH NJW 2011, 744; BGH AfP 2012, 45; siehe hierzu auch oben Rn. 178.

<sup>550</sup> OLG Köln, Urt. v. 7.1.2014, Az. 15 U 86/13.

<sup>551</sup> BGH GRUR 2009, 665.

erkennbar nur dazu dienen würden, die visuelle Neugier der Leser und deren Unterhaltungsbedürfnis zu befriedigen.

Bereits zuvor hatte der BGH ein Foto von Christiane verbieten, welches sie auf Mallorca beim **Einkaufen** in Begleitung ihrer **Putzfrau** zeigte, da es keinerlei Orientierungsfunktion im Hinblick auf eine allgemein interessierende Sachdebatte habe.<sup>552</sup> Hingegen urteilte der BGH die Veröffentlichung von Aufnahmen, die die ehemalige **Ministerpräsidentin Heide Simonis** am Tag nach ihrem Ausschied aus dem Amt beim Einkaufen in einem Kieler Einkaufszentrum zeigten („Danach ging Heide erst mal shoppen“) für zulässig. Bei **Politikern** sei ein gesteigertes Informationsinteresse der Öffentlichkeit anzuerkennen, welches nicht unmittelbar mit dem Amtsverlust ende.<sup>553</sup> Diese Entscheidung erscheint unter mehreren Aspekten zweifelhaft: Zum einen waren die Fotos nach den Erkenntnissen der Vorinstanzen in einer Situation der langandauernden **Verfolgung** und **Belagerung** entstanden („**Observation**“). Das BVerfG hat zutreffender Weise darauf hingewiesen, dass derartige Umstände („**beharrliche Nachstellung**“, „Ausnutzung von Heimlichkeit“) in der Abwägung zugunsten des Betroffenen zu berücksichtigen sind.<sup>554</sup> Zum anderen waren die politischen Mandate zum Zeitpunkt der Herstellung und Veröffentlichung der Aufnahmen bereits beendet. Die ausgeschiedene Politikerin war als reine Privatperson damit beschäftigt, Gegenstände für ihren eigenen, nicht beruflichen Lebensbedarf auszuwählen oder sich auch nur zu zerstreuen. Irgendeine Hoheitsgewalt konnte sie nicht mehr ausüben. Daher ist es fragwürdig, worin das vom BGH angenommene öffentliche Informationsinteresse an ihrem Konsum- und Freizeitverhalten begründet sein soll, welches zudem so gewichtig sein müsste, dass es die Beeinträchtigungen der mindestens zweitägigen Überwachung durch Fotografen überwiegen kann.

Auch in einer jüngeren Entscheidung hat der BGH den Bildnisschutz von **Politikern** gravierend eingeschränkt, in dem er die Veröffentlichung von Aufnahmen billigte, die den Regierenden Bürgermeister von Berlin *Klaus Wowereit* am Abend vor einer gegen ihn gerichteten Misstrauensabstimmung in der Berliner *Bar Paris* zusammen mit einem befreundeten Unternehmer zeigten.<sup>555</sup> Die Aufnahmen erschienen im Zusammenhang mit einer Darstellung seines politischen Werdegangs. Das OLG Köln hat hingegen zuvor ein Abendessen des damaligen Bundesaußenministers *Westerwelle* mit seinem Ehemann und anderen Prominentenpaaren (*Gottschalk, Jauch*) in derselben Loka-

<sup>552</sup> BGH NJW 2008, 3138.

<sup>553</sup> BGH NJW 2008, 3134.

<sup>554</sup> BVerfG NJW 2008, 1793, 1797 (Rn. 69).

<sup>555</sup> BGH, Urt. v. 27.9.2016, Az. VI ZR 310/14.

lität zutreffender Weise nicht als Ereignis der Zeitgeschichte angesehen<sup>556</sup>, da die Fotoveröffentlichungen ohne hinreichenden Bezug auf die politische Arbeit *Westerwelles* erfolgten und der Artikel überwiegend private Aspekte themisierte.

**Urlaubsfotos**, die ausschließlich im Zusammenhang mit dem Urlaub veröffentlicht werden, hält der **BGH**<sup>557</sup> in Übereinstimmung mit dem BVerfG<sup>558</sup> für unzulässig und zwar auch wenn die Bilder die urlaubenden Personen an belebten Orten (Straßen, Plätze, Cafés etc.) zeigen. Keine zeitgeschichtliche Relevanz sprach der BGH<sup>559</sup> **Urlaubsfotos** des damaligen **Nationaltorwarts** *Oliver Kahn* mit seiner Freundin auf der **Promenade** von **St. Tropez** zu. Dabei wurde berichtet, er sei in der Woche zuvor noch mit seiner Ehefrau auf Sardinien gewesen. Das OLG Hamburg<sup>560</sup> hatte in der Vorinstanz noch offen gelassen, ob der Spaziergang vor diesem Hintergrund als zeitgeschichtliches Ereignis im Sinne von § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG angesehen werden könne, die Fotos aber wegen der Verletzung berechtigter Interessen (Privatsphäre, § 23 Abs. 2 KUG, hierzu auch Rn. 223) verboten. Ebenso unzulässig war die Veröffentlichung von Aufnahmen **Herbert Grönemeyers** mit seiner neuen Lebensgefährtin in Freizeitkleidung in Rom in einem **Straßencafé** und einer **Fußgängerzone**, wie der BGH<sup>561</sup> in Übereinstimmung mit den Vorinstanzen entschied.

**Urlaubsfotos** dürfen ausnahmsweise nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG ohne Einwilligung veröffentlicht werden, wenn das Urlaubsverhalten Anlass für eine öffentliche Sachdebatte gibt oder der Bericht in sonstiger Weise ein zeitgeschichtliches Ereignis behandelt. Der BGH und das BVerfG erlaubten z. B. die Veröffentlichung von Urlaubsfotos, als über einen Urlaub während einer schweren **Erkrankung** des Vaters der Abgebildeten (des regierenden Fürsten von Monaco) berichtet wurde.<sup>562</sup> Der EGMR hielt dies für „nicht unangemessen“ und wies eine dagegen gerichtete Menschenrechtsbeschwerde ab.<sup>563</sup> Dabei stellte der EGMR aber auch darauf ab, dass die deutschen Gerichte die Veröffentlichung von Urlaubsfotos in anderen Fällen verboten hatten.

<sup>556</sup> OLG Köln, Urt. v. 6.8.2013, Az. 15 U 209/12.

<sup>557</sup> BGH NJW 2007, 1977 – *Abgestuftes Schutzkonzept*.

<sup>558</sup> BVerfG NJW 2008, 1793, 1799 (Rn. 90 ff.).

<sup>559</sup> BGH NJW 2008, 749, 751 (Rn. 13) – *Oliver Kahn/abgestuftes Schutzkonzept II*, ähnlich LG Berlin NJW-RR 2007, 923 zum Mallorca-Urlaub von *Lukas Podolski*.

<sup>560</sup> OLG Hamburg GRUR-RR 2006, 421.

<sup>561</sup> BGH NJW 2008, 3340, 3343 (Rn. 26) – *Grönemeyer/Rom*.

<sup>562</sup> BVerfG NJW 2008, 1793, 1799 (Rn. 94 ff.); BGH NJW 2007, 1977, 1800 f.

<sup>563</sup> EGMR, Urteil vom 7.2.2012, Az. 40660/08 und 60641/08 = NJW 2012, 1053 – *Caroline II*.

## II. Veröffentlichung von Fotos

In einem anderen Fall hat der BGH entschieden, dass eine **Erkrankung** der Presse kein Recht gibt, derartige Artikel mit Fotos aus dem **Urlaub des Erkrankten** zu bebildern.<sup>564</sup>

In einer umstrittenen Entscheidung befand der BGH (nach einer Rückverweisung des Falls durch das BVerfG) die Veröffentlichung einer Aufnahme zweier Adeliger (Prinzessin und Prinz von Hannover) im Urlaub auf belebter Straße, für zulässig, die im Zusammenhang mit einem Bericht über die **Vermietung** einer **Ferienvilla** des Adeligen auf einer Insel vor Kenia veröffentlicht worden war.<sup>565</sup> Das LG Hamburg hatte das Foto zunächst verboten. Das OLG Hamburg<sup>566</sup> hob das Verbot auf, der BGH stellte es – zunächst – wieder her. Auf eine Verfassungsbeschwerde hin rügte das BVerfG jedoch, der BGH habe den Informationsgehalt des Artikels nicht hinreichend gewürdigt und verwies die Sache erneut an den BGH.<sup>567</sup> Der Bericht über die Vermietung der Ferienvilla an Dritte könne Anlass für sozialkritische Überlegungen der Leser sein. Die daraus resultierende Sachdebatte könne es rechtfertigen, den Vermieter des Anwesens im Bild darzustellen. Der BGH änderte daraufhin seine Auffassung und erklärte das Foto, welches das Anwesen nicht zeigte, mit einer entsprechenden Begründung für zulässig.<sup>568</sup>

Dieses Urteil erscheint im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit zweifelhaft. Schon die Annahme, das angeblich gewandelte Konsumverhalten „der Schönen und Reichen“ dürfe am konkreten Beispiel erörtert werden, weil es sich hierbei um ein Thema von öffentlicher Bedeutung handele, ist jedenfalls nicht zwingend.<sup>569</sup> Vorrangig verdient das Urteil aber deshalb Kritik, weil eine derartige Berichterstattung auch ohne Hinzufügung der Aufnahme möglich gewesen wäre. Das beigefügte Foto zeigte den Betroffenen nicht im Zusammenhang mit seinem Anwesen, sondern in Begleitung seiner Ehefrau im Urlaub, also in einer privaten und schutzwürdigen Situation. Das Foto lieferte somit keine zusätzlichen Informationen. Es wäre daher geboten gewe-

<sup>564</sup> BGH NJW 2009, 754, 756 – *Bauchspeicheldrüse*.

<sup>565</sup> LG Hamburg, Urteil vom 1.7.2005, Az. 324 O 869/04.

<sup>566</sup> OLG Hamburg, Urteil vom 31.1.2006, Az. 7 U 82/05.

<sup>567</sup> BVerfG NJW 2008, 1793, 1800 (Rn. 102 ff.).

<sup>568</sup> BGH NJW 2008, 3141; bestätigt durch EGMR, Urt. v. 19.9.2013, Az. 8772/10; zur berechtigten Kritik an diesen Urteilen *Frenz* NJW 2012, 1039, 1040 f.; *Dietrich* AfP 2013, 277; erwidernd *Dahle/Stegmann* AfP 2013, 480.

<sup>569</sup> *Dietrich*, AfP 2013, 277, 279, bezeichnet die Information, dass es auch unter Prominenten sparsame Menschen gibt, zutreffend als „*Binsenweisheit ohne jeden Erkenntniswert*“ und weist auf die berechtigte Gefahr hin, dass sich unter diesem allzu großzügigen Maßstab „zeitgeschichtliche Ereignisse“ iSv. § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG von der (Boulevard-) Presse nahezu beliebig konstruieren lassen, um so Eingriffe in das Privatleben rechtlich zu legitimieren; ähnlich *Frenz* NJW 2012, 1039, 1040 f.

sen, allenfalls eine kontextneutrale, portraitartige Abbildung hinzuzufügen, soweit man überhaupt ein überwiegendes Interesse an der bildlichen Darstellung des Eigentümers zu erkennen vermag.

Das nicht jeder beliebige Anlass oder Kontext ausreichend ist, um private Situationen bekannter Zeitgenossen bildlich darstellen zu dürfen, zeigt auch ein anderer vom OLG Hamburg entschiedener Fall: Das OLG verbot dort – unter späterer Billigung des BGH – die Veröffentlichung von Aufnahmen, die den damaligen Ehemann der monégassischen *Prinzessin Caroline (Prinz Ernst August von Hannover)* im **Urlaub** in Thailand beim Austausch von **Zärtlichkeiten** mit einer „rassigen Schönheit“ am **Strand** zeigten.<sup>570</sup> Unter dem Titel „Geht hier seine Ehe baden?“ spekulierte der zugehörige Artikel über eine diesbezügliche Staatskrise in Monaco und mögliche Reaktionen seiner Ehefrau. Die Gerichte werteten dies zutreffend als bloßen Vorwand, um die Veröffentlichung der höchst privaten Fotos in einen angebliechen zeitgeschichtlichen Kontext zu stellen.

Zeitgeschichtliche Relevanz können auch **lokale oder regionale** 185 **Ereignisse** haben, wie z. B. der BGH hinsichtlich des jährlichen **Mieterfestes einer Wohnungsbaugenossenschaft**<sup>571</sup>, einem **Sportwettbewerb** in einer französischen Kleinstadt mit prominenten Teilnehmern und Besuchern<sup>572</sup>, einer **Mahnwache** von Mitgliedern der Friedensbewegung<sup>573</sup> und das LG Frankfurt/M.<sup>574</sup> hinsichtlich des **Familientags** einer **Stadtverwaltung** entschieden haben. So ist z. B. auch ein **Straßen- oder Schützenfest** für ein Dorf ein lokal bedeutsames gesellschaftliches Ereignis, an dem daher ein berechtigtes Informationsinteresse der lokalen Öffentlichkeit besteht. Dieses kann sich im Rahmen des § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG dann auch auf die Personen beziehen, die an der Veranstaltung teilnehmen. Im Rahmen der Verhältnismäßigkeit ist die einwilligungslose Veröffentlichung von Bildnissen solcher Teilnehmer dann aber auch räumlich auf den lokalen Bereich zu begrenzen, z. B. auf die Veröffentlichung im Lokalteil. In der Entscheidung zum Mieterfest stellt der BGH ausdrücklich darauf ab, dass die Verbreitung der Aufnahmen nur in der Informationsbroschüre der Genossenschaft mit geringer Auflage (2800 Exemplare) erfolgt ist, die nur an die Mitglieder der Genossenschaft verteilt wurde.<sup>575</sup>

<sup>570</sup> OLG Hamburg, Urt. v. 11.10.2011, Az. 7 U 119/10; BGH, Nichtannahmebeschluss v. 2.10.2012, Az. VI ZR 365/11; hierzu von Pentz AfP 2013, 20,14.

<sup>571</sup> BGH, Urt. v. 8.4.2014; Az. VI ZR 197/13.

<sup>572</sup> BGH NJW 2013, 2890, Rn. 12 – *Eisprinzessin Alexandra*.

<sup>573</sup> BGH NJW 2013, 3029, Rn. 10.

<sup>574</sup> LG Frankfurt/M. AfP 2009, 272.

<sup>575</sup> BGH, Urt. v. 8.4.2014; Az. VI ZR 197/13.

Weitere **Beispiele** aus der **instanzgerichtlichen Rechtsprechung**: Die Gerichte haben in den letzten Jahren folgende Anlässe und Situationen als **zeitgeschichtliche Ereignisse** angesehen, wobei die Veröffentlichung von Fotos zugleich teilweise wegen entgegenstehender Interessen (§ 23 Abs. 2 KUG) gleichwohl als unzulässig beurteilt wurde und die nachfolgend angeführten Entscheidungen teilweise nicht rechtskräftig sind:

- Das **Sommerfest des Bundespräsidenten**.<sup>576</sup>
- Die öffentliche **Meisterschaftsfeier** des FC Bayern.<sup>577</sup>
- Die „**Wiener Ballnacht**“ (im Berliner Ritz-Carlton-Hotel) mit zahlreichen prominenten Gästen.<sup>578</sup>
- Die **Hochzeit Günther Jauchs** an bekannten und historisch bedeutsamen Orten in Potsdam, die jedoch zu diesem Zeitpunkt nur für geladene Gäste zugänglich waren.<sup>579</sup> Das OLG Köln hielt gleichwohl berechtigte Interessen im Sinne von § 23 Abs. 2 KUG für verletzt, soweit von außen kurz vor der Trauung in einem sehr privaten Moment in den abgesperrten Bereich hinein fotografiert wurde.<sup>580</sup> Der **Hochzeit** des SPD-Chefs **Sigmar Gabriel** sprach das OLG Hamburg ebenfalls zeitgeschichtliche Bedeutung zu.<sup>581</sup> Das KG Berlin entschied entsprechend hinsichtlich der **Hochzeit** des Moderators **Markus Lanz** in einem Südtiroler Urlaubsort mit zahlreichen prominenten Gästen.<sup>582</sup> Auch der EGMR bestätigte ein öffentliches Interesse an Hochzeiten Prominenter.<sup>583</sup>
- Die **Liebesbeziehung** zwischen einem **Politiker** und einer **Fernsehmoderatorin**/Sängerin wurde vom KG Berlin<sup>584</sup> als zeitgeschichtliches Ereignis angesehen. Ausschlaggebend war dabei, dass die Frau u. a. eine äußerst populäre Partnervermittlungsshow moderierte und sich in der Öffentlichkeit als Single darstellte. Ferner beschränkte sich der Artikel auf ein neutrales Portraitfoto, welches der

---

<sup>576</sup> OLG Hamburg, Urteil vom 28.6.2011, Az. 7 U 39/11.

<sup>577</sup> OLG Hamburg, Beschluss vom 27.2. 2006, Az. 7 W 8/06.

<sup>578</sup> LG Hamburg AfP 2006, 197.

<sup>579</sup> OLG Hamburg AfP 2008, 631; OLG Hamburg, Urteil vom 21.10.2008, Az. 7 U 11/08; bestätigt durch EGMR, Urt. v. 24.5.2016, Az. 68273/10 und 34194/11; a. A. Vorinstanz LG Hamburg AfP 2008, 100, 102.

<sup>580</sup> OLG Köln, Urteil vom 10.3.2009, Az. 15 U 163/08.

<sup>581</sup> OLG Hamburg, Urt. v. 25.11.2014, Az. 7 U 42/13.

<sup>582</sup> KG Berlin, Urt. v. 20.9.2012, Az. 10 U 2/12.

<sup>583</sup> EGMR NJW 2014, 3291.

<sup>584</sup> KG Berlin, Urteil vom 13.1.2011, Az. 10 U 110/10, bestätigt durch BGH, Urteil vom 22.11.2011, Az. VI ZR 26/11 – *Inka Bause* = AfP 2012, 53.

2. Veröffentlichung von Personenfotos

Politiker zusammen mit anderen personenbezogenen Daten selbst veröffentlicht hatte.<sup>585</sup>

- Die **Trennung** eines **Politikerehepaars**, wobei beide auch **kirchliche Ämter** ausübten.<sup>586</sup>
- Eine **handgreifliche Auseinandersetzung** mit nachfolgendem Polizeieinsatz auf einer Sylter Straße zwischen einem **prominenten Paar**, welches zuvor seine Beziehung mehrfach in der Öffentlichkeit thematisiert hatte.<sup>587</sup>
- Den **Amoklauf** eines Schülers mit 15 Toten und anschließendem Suizid, einschließlich der **Verurteilung** dessen Vaters wegen unzureichender Verwahrung der Tatwaffe.<sup>588</sup>
- Eine handgreifliche **Auseinandersetzung** auf der Straße zwischen einem stark alkoholisierten Entertainer und einer Journalistin, die von diesem eine **Ohrfeige** erhielt.<sup>589</sup>
- Die **Prozesstätigkeit** eines **Rechtsanwalts** („Prominentenanwalts“) für zahlreiche bekannte Persönlichkeiten.<sup>590</sup> Anders die Tätigkeit des Anwalts in einem einzelnen Mandat.<sup>591</sup>
- Den Versuch eines **Lehrers**, minderjährige Mädchen über **Internetanzeigen** zu **Nacktaufnahmen** zu locken.<sup>592</sup>
- Den Umstand, dass eine bekannte **CSU-Politikerin** und bayrische Landrätin sich für ein **Modemagazin** in **erotisch-provozierender Weise (u. a. mit Lackhandschuhen)** fotografieren ließ.<sup>593</sup>
- Die Tätigkeit eines **Fotografen**, der während eines spektakulären Prozesses vor der Wohnung eines angeklagten Prominenten wartet, um diesen abzulichten.<sup>594</sup>

---

<sup>585</sup> Zu Liebesbeziehungen siehe auch BGH GRUR 2009, 665 – *Christiansen Spaziergang Paris*; BGH NJW 2008, 749 – *Oliver Kahn*; BGH NJW 2008, 3340 – *Grönemeyer/Rom.*

<sup>586</sup> LG Berlin, Urt. v. 15.4.2014, Az. 27 O 643/13.

<sup>587</sup> KG Berlin NJW 2011, 785.

<sup>588</sup> OLG Stuttgart, Urt. v. 2.4.2014, Az. 4 U 174/13.

<sup>589</sup> OLG Düsseldorf NJW-RR 2001, 162 f.

<sup>590</sup> KG Berlin, Verzichtsurteil vom 29.2.2008, Az. 9 U 52/07 nach einem entsprechenden Hinweis; a. A. zuvor im selben Fall LG Berlin NJW-RR 2007, 1270 – „*Rächer der Generäten*“.

<sup>591</sup> OLG Köln, Urt. v. 19.3.2013, Az. 15 U 164/12.

<sup>592</sup> OLG Karlsruhe, Urt. v. 8.10.2014, Az. 6 U 145/13.

<sup>593</sup> OLG München, Urt. v. 15.1.2013, Az. 18 U 597/12.

<sup>594</sup> LG Köln, Urteil vom 9.11.2011, Az. 28 O 225/11; ähnlich LG Köln, Urteil vom 11.1.2012, Az. 28 O 627/11 (dort wurde aber die Veröffentlichung zugleich nach § 23 Abs. 2 KUG verboten, weil der Bildveröffentlichung ehrverletzende Äußerungen („Pack“, „lichtscheues Gesindel“) beigelegt waren).

- Die Tätigkeit für den **Staatssicherhedsdienst** der DDR und die Anwesenheit bei der Versiegelung des Ministeriums für Staatssicherheit im Dezember 1989.<sup>595</sup>
- Die **Arbeitsbedingungen** in der **Textilwirtschaft** der Dritten Welt und die Geschäftstätigkeit eines großen deutschen Textileinzelhandelsunternehmens.<sup>596</sup>
- Eine größere **Immobilienaffäre** in den neuen Bundesländern, in die ein Geschäftsführer verwickelt war, der früher für das MfS tätig war und gegen den ein Strafverfahren anhängig war.<sup>597</sup>
- Einen **Strafprozess** zu einer **Mordanklage** mit terroristischem Hintergrund.<sup>598</sup>
- Die Festnahme eines selbsternannten „**Unterweltkönigs**“ wegen des Vorwurfs erheblicher **Drogendelikte**.<sup>599</sup>
- Die Entdeckung einer **Cannabisplantage** und die nachfolgenden Strafverfahren.<sup>600</sup>
- Die Beteiligung eines deutschen Chefarztes an **illegalen Nierentransplantationen im Kosovo** (zulässige **Verdachtsberichterstattung** wurde mit kontextgerechtem Bildnis illustriert).<sup>601</sup>
- Den **Unfalltod** des Sohnes einer bekannten Schauspielerin im Swimmingpool eines Rockstars während eines Kindergeburtstags.<sup>602</sup> Das LG Berlin hielt in diesem Zusammenhang gleichwohl die Veröffentlichung von Aufnahmen, die die Mutter auf dem Weg zum verstorbenen Sohn und während der **Beerdigung** zeigten, nach § 23 Abs. 2 KUG für unzulässig.
- Den **Unfalltod** eines als „**Zorro**“ verkleideten Mannes, der von einem Berliner Ausflugsdampfer fiel und in der Spree ertrank.<sup>603</sup>
- Den **Zungenkuss** zu später Stunde der Kabarettistin *Desirée Nick* mit dem regierenden Bürgermeister von Berlin *Klaus Wowereit* auf der **AIDS-Gala**.<sup>604</sup>
- Die **Rückforderung enteigneten Familienvermögens** größeren Umfangs („Kloster Michaelstein“, „Kunstgegenstände etc.“) eines

---

<sup>595</sup> OLG München AfP 2011, 275.

<sup>596</sup> LG Hamburg, AfP 2011, 83, 84 – *kik*.

<sup>597</sup> OLG Brandenburg NJW-RR 2003, 919 ff., 920.

<sup>598</sup> KG Berlin NJW-RR 2010, 1417; insoweit bestätigt durch BGH NJW 2011, 3153.

<sup>599</sup> KG Berlin NJW-RR 2007, 345.

<sup>600</sup> OLG Brandenburg NJW-RR 2012, 1250.

<sup>601</sup> OLG Köln, Urt. v. 12.11.2013, Az. 15 U 55/13.

<sup>602</sup> LG Berlin AfP 2010, 597, 600.

<sup>603</sup> KG Berlin, Urt. v. 28.8.2014, Az. 10 U 134/14.

<sup>604</sup> LG Hamburg AfP 2007, 275, 276.